

Brüssel Aktuell 43/2015

27. November bis 4. Dezember 2015

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Körperschaftssteuer: Parlament will Gemeinsame Konsolidierte Bemessungsgrundlage

Am 25. November nahm das EU-Parlament eine [Entschließung](#) zum Bericht des Sonderausschusses zu Steuervorbescheiden und anderen Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung an. Darin fordert das Parlament u. a. eine Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage ([GKKB](#)) (zuletzt Brüssel Aktuell 37/2015)...

MiFID II: Anwendung verzögert sich

Das Inkrafttreten der Richtlinie [2014/65/EU](#) über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID II; vgl. Brüssel Aktuell 20/2014) wird sich voraussichtlich um ein Jahr auf Januar 2018 verzögern. Neben Transparenz- und Anlegerschutzvorschriften enthält MiFID II Regeln über den Hochfrequenzhandel, Rohwarenderivate und den Zugang zu Handelsplätzen...

EU-Vergaberecht: Erhöhung der Schwellenwerte

Im [EU-Amtsblatt](#) vom 25. November wurden die neuen Schwellenwerte für Auftragsvergabeverfahren veröffentlicht. So erhöhen sich zum 1. Januar 2016 die Schwellenwerte für Bauvergaben von 5,186 Mio. € auf 5,225 Mio. €. Liefer- und Dienstleistungsaufträge sind im kommenden Jahr ab 209.000 € (bisher: 207.000 €) EU-weit auszuschreiben...

Umwelt, Energie und Verkehr

Verkehr: Konsultation zur städtischen Mobilität

Die EU-Kommission startete letzte Woche eine [Konsultation](#) zur „nachträglichen Bewertung der EU-Finanzhilfen für nachhaltige Mobilität in der Stadt und die Nutzung alternativer Kraftstoffe in den städtischen Gebieten der EU“, an der sich Interessierte noch bis zum 19. Februar 2016 beteiligen können. In vier Abschnitten werden die Relevanz, Effektivität, der europäische Mehrwert und die Nachhaltigkeit von Förderungen in diesem Bereich abgefragt...

Kreislaufwirtschaft: EU-Kommission veröffentlicht Maßnahmenpaket

Die EU-Kommission hat am 2. Dezember ein umfassendes [Maßnahmenpaket](#) für die Umwandlung der Wirtschaft in eine Kreislaufwirtschaft vorgelegt (zuletzt Brüssel Aktuell 39/2015). Ziel dieses langfristigen Projektes ist eine ressourcenschonende Wirtschaft, in der möglichst viel wiederverwendet wird. Die Kommission sieht das Paket auch als Beitrag zu den Klima- und Nachhaltigkeitszielen der EU...

Energierat: Einigung zur Energiekennzeichnung und zum Energie-Governance-System

Am 26. November einigten sich die Energieminister auf eine erste gemeinsame [Position](#) zur Aufhebung der Energieverbrauchskennzeichnungsrichtlinie [2010/30/EU](#) und zur Neuregelung durch eine Verordnung zur Kennzeichnung des Energieverbrauchs (zuletzt Brüssel Aktuell 29/2015). Demnach soll eine Reskalierung der Verbrauchskennzeichnungen (A-G) erfolgen, wobei die oberste Kategorie (A) zunächst freibleiben soll, um eine weitere kurzfristige Effizienzsteigerung auffangen zu können...

Tierschutz: EU-Parlament fordert ehrgeizigere Tierschutzstrategie

Am 26. November forderte das Plenum des Europäischen Parlaments in einer [Entschließung](#) die EU-Kommission auf, die Ende des Jahres auslaufende [Tierschutzstrategie](#) kritisch zu prüfen und für den Zeitraum 2016-2020 eine neue und ehrgeizigere Strategie auszuarbeiten. Diese soll die bisherige Strategie fortführen und darauf aufbauen. Gleichzeitig wiesen die Abgeordneten darauf hin, dass schon jetzt aufgrund der Zahl und Komplexität der Rechtsakte die wirksame Umsetzung gefährdet sei. Außerdem seien die Haupterzeuger von Nahrungsmitteln mit dem bestehenden Verwaltungsaufwand überlastet...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

ESI-Fonds: Rat verabschiedet Schlussfolgerungen

Am 18. November [verabschiedete](#) der Ministerrat für allgemeine Angelegenheiten [Schlussfolgerungen](#) u. a. bezüglich der Vereinfachung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds, vgl. Brüssel Aktuell 41/2015), der Umstrukturierung von Geldern aus dem Programm der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit ([ETZ](#)) zur Bewältigung der Flüchtlingsproblematik und des Beitrags der ESI-Fonds beim Übergang zu einer Wirtschaft mit geringerem CO₂-Ausstoß...

Soziales, Bildung und Kultur

Gesundheitswesen: EU-Kommission veröffentlicht Bericht zu ESIF-Investitionen

Am 26. November veröffentlichte die EU-Kommission einen [Bericht](#) zu den geplanten Investitionen im öffentlichen Gesundheitswesen im Rahmen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) für den Zeitraum 2014 bis 2020 (vgl. Brüssel Aktuell 22/2015). Deutlich wird dabei, dass die alten – anders als die neuen – Mitgliedsstaaten Investitionen im Gesundheitsbereich hauptsächlich aus nationalen Mitteln bestreiten und die ESIF nur für die Förderung einzelner Projekte nutzen...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Transparenz, Verantwortlichkeit und Integrität: Berichtsentwurf vorgelegt

Am 3. Dezember befasste sich der Ausschuss für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments (AFCO) mit dem [Entwurf](#) eines Initiativberichts „über Transparenz, Rechenschaftspflicht und Integrität in den EU-Organen“ des Abgeordneten Sven Giegold (Grüne/FEA, D) und tauschte sich mit dem Ersten Vizepräsidenten der EU-Kommission Frans Timmermans zur Thematik aus (vgl. Brüssel Aktuell 14/2015). Giegold schlägt im Berichtsentwurf zahlreiche Maßnahmen vor, die mehr Vertrauen in die EU-Organe schaffen sollen. Für die Streitfrage, ob Kommunalvertreter im Anwendungsbereich des Transparenz-Registers zu verorten sind, hält er einen Kompromissvorschlag bereit (zuletzt Brüssel Aktuell 35/2015): Voraussetzung für eine Ausnahme für öffentliche Stellen wären demnach ein eigenes zwingendes „Lobby-Register“ und eine klare Abgrenzung von privatwirtschaftlichen Akteuren....

Förderprogramme

Justiz-Programm: Projektauftrag im Bereich Drogenpolitik

Im Rahmen des EU-Programms „Justiz“ veröffentlichte die EU-Kommission im Oktober einen [Aufruf](#) zur Einreichung von Vorschlägen für transnationale Projekte im Bereich der Drogenpolitik. Bis zum 14. Januar 2016 können Projektanträge zu einem der folgenden Schwerpunkte eingereicht werden: Unterstützung der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zu neuen psychoaktiven Substanzen; Austausch bewährter Verfahren hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und für Drogenhilfsdienste zuständigen Behörden und der Zivilgesellschaft; Stärkung der Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Umsetzung der EU-Drogenstrategie 2013-2020...

Migration im Hellenismus: Veranstaltung mit dem DStGB

Am 2. Dezember veranstaltete das Europabüro des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) zusammen mit der Bürogemeinschaft der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen einen Fachvortrag mit dem Wuppertaler Altertumswissenschaftler Professor (em.) Dr. Wolfgang Orth zum Thema „Stadt und Migration – Konfrontation der Kulturen im hellenistischen Zeitalter“...